

Inhalt

Zusammenfassung:	3
1. Einleitung.....	4
2. Theoretischer Hintergrund	4
3. Zielstellung und Hypothesen	5
4. Aufbau des Experiments.....	6
5. Stichprobe und Erhebungs-Charakteristika	8
6. Ergebnisse.....	8
7. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	11
8. Literatur	13
Anhang 1: Textbausteine.....	14
Anhang 2: Fragebogen 1	18
Anhang 3: Fragebogen 2	19

Zusammenfassung:

Information und Beteiligung der Öffentlichkeit sind zentrale Themen bei der Diskussion, wie die Standortfindung von Mobilfunksendeanlagen akzeptabel gestaltet werden kann. In einer experimentellen Studie wurde untersucht, welche Wirkung unterschiedliche Informations- und Beteiligungsmodelle auf die Risikowahrnehmung, die Standortakzeptanz, das Vertrauen in den Gesundheitsschutz, die Möglichkeiten der Konfliktlösung und -vorbeugung sowie auf Sicherheit der Anlagen haben.

Es zeigt sich, dass Informationsmodelle keinen Einfluss ausüben und Beteiligungsmodelle nur die Variablen „transparente Standortfindung“, „Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner“ sowie „Lösung bereits bestehende Konflikte bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation“ beeinflussen. Dabei werden *Runde Tische* besser bewertet als eine direkte Beteiligung der Anwohner.

Allerdings hängen weder die Standortakzeptanz, das Vertrauen in den Gesundheitsschutz noch die Risikowahrnehmung des Mobilfunks von den Informations- und Beteiligungsmodellen ab, die im Experiment untersucht wurden.

Schlüsselwörter:

Standortfindung für Mobilfunksendeanlagen, Risikowahrnehmung, Konfliktlösungspotenziale, Akzeptanz und Vertrauen

1. Einleitung

Die Mobilfunkbetreiber haben in der Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden vom Juli 2001 und in ihrer freiwilligen Selbstverpflichtung vom Dezember 2001 ausdrücklich Information und Beteiligung als Kernpunkte ihrer Aktivitäten zur Verbesserung der Akzeptanz des Mobilfunks herausgestellt.

Dabei geht es vornehmlich um Information der Kommunen über Ausbauplanungen und konkrete Bauabsichten sowie Vereinbarungen über den Verfahrensgang zur Einbeziehung der Kommunen. Des Weiteren spielt der öffentliche Zugang zu Informationen über Standorte von Mobilfunksendestationen eine wichtige Rolle.

Einerseits wird im dritten Jahresgutachten zur Umsetzung dieser Vereinbarungen festgestellt, „dass sich die Gesamtlage sowohl im Bereich der Information wie bei der Kooperation und der Partizipation gegenüber 2002 deutlich entspannt und verbessert hat. Im Wesentlichen funktionieren Kommunikation und Partizipation auf der Basis der Selbstverpflichtungserklärung und der Verbändevereinbarung gut. Im Detail und in Einzelfällen gibt es aber weiterhin Probleme.“ (DIFU, 2005, S. 8)

Andererseits heißt es aber in der gemeinsamen Presseerklärung des Bundesministeriums für Umwelt und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit: „Bundesumweltminister Jürgen Trittin kritisierte, dass die Zahl der Konfliktfälle bei der Standortsuche für Sendemasten nach wie vor nicht deutlich gesunken sei. Die Betreiber sollten sich auch in strittigen Fällen noch mehr auf die Diskussion mit den kommunalen Vertretern sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern einlassen, ...“ (Presseerklärung BMU & BMWA, Nr. 075/05).

Diese beiden Themen - Information und Bürgerbeteiligung - stehen im Weiteren im Mittelpunkt. Genauer untersucht werden soll dabei, welche Effekte welche Modelle der Bürgerbeteiligung und der Information bei der Standortfindung von Mobilfunkantennen auf die Kontroverse um den Mobilfunk haben.

2. Theoretischer Hintergrund

Bürgerbeteiligung und Dialogverfahren spielen seit Jahren eine zentrale Rolle in der Diskussion, wie Konflikte um mögliche Risiken von neuen Technologien zu lösen seien (siehe Kasperson 1986; Renn, Webler & Wiedemann 1995). Neben der Frage der grundsätzlichen Bedeutung für moderne Demokratien (Laird 1993) geht es um die neuen Verfahren wie z.B. die Mediation (vgl. Abels & Bora 2004). Weiterhin ist die Evaluation der Effekte von Information und Beteiligung auf Vertrauen, Risikowahrnehmung oder Akzeptanz ein wichtiges Forschungsfeld (Rowe & Frewer 2000; Petts 2001; Büllingen et al. 2004).

Über die Wirkung von Beteiligung findet sich in dem Abschlussbericht der Deutschen Risikokommission von 2003 folgende Passage: „Je mehr Individuen und Gruppen die Möglichkeit

haben, aktiv an der Risikoregulierung mitzuwirken, desto größer ist die Chance, dass sie Vertrauen in die Institutionen entwickeln und auch selbst Verantwortung übernehmen.“

Dieser positiven Erwartung steht aber eine Reihe von Fragen gegenüber. So kann Beteiligung ganz unterschiedlich ausgestaltet werden. Im einfachsten Fall wird nur der Zugang zu Informationen ermöglicht, im besten Fall kommt es zu einer Abstimmung der Entscheidungsträger mit den Beteiligten. Dazwischen sind verschiedene Abstufungen möglich (siehe Wiedemann, Schütz & Brüggemann 2001). Das wirft die Frage auf, wann welche Form der Beteiligung zu wählen ist. Und weiter, was bewirkt die Beteiligung: Verbessert sie anstehende Entscheidungen, trägt sie zur Akzeptanz einer Entscheidung bei, verbessert sie das Klima zwischen Kontrahenten? Kurzum, es geht um den Nutzen: Was bringt die Partizipation?

In Bezug auf diese Fragen fehlen für den Mobilfunk-Bereich bislang belastbare Antworten. Es gibt nur wenige Versuche, neben den Gemeinden die Bürger vor Ort mit einzubeziehen. Ein Manko ist außerdem, dass systematische Evaluationen der Erfolge von Beteiligungsverfahren im Mobilfunkbereich noch seltener sind.

3. Zielstellung und Hypothesen

Bei der Bewertung von Informations- und Partizipationsansätzen können zwei Wege eingeschlagen werden: Zum einen können Fallstudien durchgeführt und von den Beteiligten bewertet werden. Diesen Weg haben Büllingen, Hillebrand & Rätz (2004) beschritten. Positiv daran ist seine hohe Praxisrelevanz. Nachteilig sind jedoch die eingeschränkte Verallgemeinerbarkeit sowie die beträchtlichen Kosten. Zum anderen kann in einem Experiment¹ untersucht werden, wie sich Informationen über Beteiligungsmodelle auswirken. Diesen Weg haben wir gewählt, weil er eine erste Orientierung bezüglich des Nutzens von verschiedenen Beteiligungsansätzen – präzise, rasch und kostengünstig - ermöglicht.

Jede Bewertung von Maßnahmen wie Information über und Beteiligung bei der Standortfindung für Mobilfunksendeanlagen ist abhängig von dem Bewertungsrahmen, d.h. von den Zielen und Funktionen, die überprüft werden sollen.

Mit Bezug auf Beierle (1999) sowie Rowe & Frewer (2000) lassen sich folgende Ziele unterscheiden: Verbesserung der Transparenz der Entscheidung, Verbesserung des Informationsstandes, Einbezug von Werten der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung, Qualitätsverbesserung der Entscheidung, Verbesserung des Vertrauens in Institutionen, Konfliktminderung sowie ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis.

¹ Im Unterschied zu einer Befragung - etwa mittels Fragebogen - besteht das Experiment aus einer Versuchsreihe unter kontrollierten Bedingungen. Dabei wird gemessen, welche Effekte die Versuche auf die Untersuchungsobjekte haben, d.h. welche Wirkungen eintreten. Wenn die Versuche systematisch variiert werden und wenn alle sonstigen Bedingungen konstant bleiben, kann das Experiment Kausalbeziehungen überprüfen.

Für unsere Einschätzung der Auswirkungen von Informations- und Beteiligungsmodellen bei der Standortfindung für Mobilfunksendestationen interessiert vor allem, ob es Effekte auf die folgenden Einschätzungen gibt: (1) Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Standortfindung für die Mobilfunksendestation, (2) Berücksichtigung von Anliegen der Anwohner bei der Standortfindung für die Mobilfunksendestation, (3) Eignung zur Vermeidung von bereits bestehenden Konflikten bei der Standortfindung für die Mobilfunksendestation, (4) Eignung zur Reduzierung von Konflikten, (5) Vertrauen in Sicherheit der Mobilfunksendeanlage, (6) Risikowahrnehmung des Mobilfunks und (7) Akzeptanz des Standorts der Sendestation im Wohngebiet.

Dabei gehen wir von den folgenden Hypothesen aus:

- Die Information der Öffentlichkeit hat positive Auswirkungen auf die Einschätzung der Transparenz des Verfahrens zur Standortfindung.
- Eine Beteiligung der Öffentlichkeit hat einen positiven Einfluss auf die Bewertung der Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner, auf die Konfliktlösung und Konfliktvermeidung sowie auf das Vertrauen in den Gesundheitsschutz. Zwischen den anderen Varianten besteht aber kein Unterschied.
- Die Risikoeinschätzung und die Akzeptanz wird weder von dem Wissen um das Vorhandensein einer Informationsstrategie noch von dem Wissen um die Beteiligung beeinflusst. Hier wirken allein bereits vorhandene Einstellungen und Überzeugungen.

Darüber hinaus interessiert, ob neben den im Experiment zu überprüfenden Informations- und Beteiligungsmodellen auch die risikobezogenen Überzeugungen zum Mobilfunk das Vertrauen in die Sicherheit der Mobilfunksendeanlage, die Risikowahrnehmung und die Akzeptanz beeinflussen.

4. Aufbau des Experiments

Das Experiment nutzt einen 3x3 Versuchsplan. Der *erste* Faktor (A) bezieht sich auf die Information der Öffentlichkeit bei der Standortfindung für Basisstationen (siehe dazu Wiedemann & Clauberg 2005). Hier werden folgende Stufen untersucht:

- Abstimmung mit der Gemeindevertretung ohne Info der Bürger (A1),
- Abstimmung mit der Gemeindevertretung *und* Info im Internet der Gemeinde über Vorhaben (A2),
- Abstimmung mit der Gemeindevertretung *und* öffentliche Informationsversammlung mit Eingaberecht (A3).

Der Auswahl dieser Faktorstufen liegen folgende Überlegungen zugrunde: Die Abstimmung mit den Kommunen ist derzeit der Routinefall. Infos auf der Internet-Seite der Gemeinde wird derzeit nur von wenigen – und dann großen - Gemeinden angeboten. Öffentliche

Versammlungen sind derzeit immer noch gängige Verfahren zur Information der Anwohner, wenn in der Gemeinde Vorbehalte gegenüber dem Mobilfunk geäußert werden.

Der zweite Faktor (B) bezieht sich auf die Beteiligung an der Entscheidungsfindung:

- Abstimmung mit der Gemeindevertretung (B1)
- Konsenssuche am *Runden Tisch* (B2)
- Konsenssuche mit den Bewohnern des Hauses (B3)

Diese Faktorenstufen sind ebenfalls Abbild der Wirklichkeit: Die Abstimmung der Mobilfunkbetreiber mit den Kommunen ist gängige Praxis. Dagegen sind *Runde Tische* eher die Ausnahme und werden nur in Regionen eingesetzt, in denen sich Konflikte um den Mobilfunk zugespitzt haben. Eine direkte Konsenssuche mit den Bewohnern wird in den Niederlanden praktiziert: Hier wird eine Antenne nur gebaut, wenn über 50% der Bewohner des Hauses zustimmen, auf dessen Dach die Antenne platziert werden soll.

Die Operationalisierung der Faktorenstufen von Faktor A und Faktor B erfolgt durch Textbausteine². Die Textbausteine enthalten jeweils Informationen über ein Informations- und ein Beteiligungsmodell. Anschließend werden die Vor- und Nachteile der Modelle kurz skizziert, um den Vpn eine begründete Bewertung zu ermöglichen. Nachstehend (siehe Kasten 1) findet sich dafür ein Beispiel, die anderen Textbausteine sind im Anhang 1 aufgelistet.

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat. Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Die Kommune hat einen Runden Tisch eingerichtet, an dem neben Vertretern der Kommune und des Mobilfunkbetreibers auch Bürgerinitiativen beteiligt sind. Außerdem hatten alle Einwohner die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren. Der Runde Tisch wird abschließend eine Entscheidung zum Standort treffen, die im Einvernehmen erfolgen soll.

Informationen im Internet sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihnen Einblick zu verschaffen. Solche Internetpräsentationen sind aber auch nicht ganz billig, sie verlangen seitens der Kommune eine zusätzliche Vorbereitung.

Ein Runder Tisch ist ein Weg, um Einvernehmen zu erzielen. Er ist aber personal-, kosten- und vor allem zeitaufwendig. Es ist nicht sicher, ob hier auch ein Einvernehmen erzielt werden kann. Wenn aber hier eine Einigung gefunden wird, wird diese in der Regel von allen akzeptiert.

Kasten 1: Textbaustein zur Kombination A2B2

Nachdem die Vp sich ihren jeweiligen Textbaustein durchgelesen hat, muss sie eine Reihe von Bewertungen abgeben (siehe Anhang 2). Es geht um (1) Risikoeinschätzung bezüglich des Mobilfunks, (2) Transparenz der Vorgehensweise, (3) Berücksichtigung von Anliegen der Anwohner, (4) Eignung der Modelle zur Konfliktvermeidung, (5) Vertrauen in Gesundheitsschutz, (6) Eignung zur Reduzierung von Konflikten und (7) Akzeptanz der Standortentscheidung. Dazu wurden 7-stufige Rating-Skalen verwendet.

² Entsprechend dem 3x3 Versuchsplan gibt es neun verschiedene Textbaustein-Kombinationen.

Zum Abschluss hat jede Vp Angaben zur eigenen Person zu machen; weiterhin interessierte ihre Einstellung zum Mobilfunk (siehe Anhang 3). Dabei kommen sechs Skalen zum Einsatz, die sich bereits in früheren Untersuchungen bewährt hatten (Wiedemann & Schütz 2004, Wiedemann, Schütz, Sachse & Jungermann 2005), um Gruppen mit unterschiedlicher Risikowahrnehmung in Bezug auf den Mobilfunk zu unterscheiden, nämlich eine Gruppe besorgter, eine Gruppe unbesorgter und eine Gruppe unentschiedener Personen.

5. Stichprobe und Erhebungs-Charakteristika

Insgesamt nahmen an dem Experiment N= 225 Versuchspersonen teil. Jeder Vp erhielt 10 € für die Teilnahme an der Untersuchung. Die Rekrutierung erfolgte über Direktansprache in Volkshochschulkursen, Uni-Vorlesungen, Sportvereinen, Kursen des zweiten Bildungsweges (Hauptschul- und Realschulabschluss), Cafes sowie über E-Mail-Kontaktierung von Probanden, die bereits an anderen Untersuchungen (des Instituts für Psychologie und Arbeitswissenschaft (IPA) der TU Berlin) teilgenommen hatten.

Von den 225 Vpn sind 119 weiblich (53%) und 106 männlich (47%). Der Altersmedian liegt bei 30 Jahren. In Bezug auf die Schulbildung zeigt die Stichprobe folgende Zusammensetzung:

- Hauptschule: 22 (10%)
- Realschule: 73 (32%)
- Abitur: 67 (30%)
- Hochschule: 63 (28%)

Die Studie wurde im Zeitraum Januar bis April 2005 durchgeführt. Die Vpn wurden sowohl in Einzelbefragungen als auch in Kleingruppen (2-8 Personen) befragt. Das Untersuchungssetting variierte (Unterrichtsräume der Volkshochschule, Seminarraum des IPA der TU Berlin, Arbeitsplatz, Wohnung). Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Befragungen in Berlin durchgeführt. 2 Interviewer (1 weiblich, 1 männlich) führten die Studie durch.

6. Ergebnisse

Einfluss der experimentellen Bedingungsvariation

Da die abhängigen Variablen auf den Faktorstufen nicht hinreichend normalverteilt sind, wurden statt einer zwei-faktoriellen Varianzanalyse zwei getrennte Kruskal-Wallis-Tests (die an keine Verteilungsannahmen gebunden sind) zur Überprüfung des Einflusses der experimentellen Bedingungsvariation auf die abhängigen Variablen gerechnet (siehe Tabelle 1).

Die Variation der Informationsmodelle (Information der Öffentlichkeit) hat keinerlei signifikante Wirkungen. Auch der von uns erwartete Effekt einer verbesserten Information auf die Einschätzung der Transparenz des Verfahrens zur Standortfindung tritt nicht ein.

Tabelle 1: Ergebnisse der Kruskal-Wallis-Tests für die beiden experimentellen Bedingungen

Variable	Information der Öffentlichkeit			Beteiligung an der Entscheidungsfindung		
	χ^2	df	p	χ^2	df	p
fühle mich bedroht	0.023	2	0.989	0.924	2	0.630
transparente Standortfindung	1.141	2	0.565	6.458	2	0.040
Anliegen der Anwohner berücksichtigen	1.408	2	0.495	13.131	2	0.001
Konflikte lösen	0.274	2	0.872	17.724	2	0.000
Vertrauen in Sicherheit beeinflussen	5.359	2	0.069	2.271	2	0.321
Konflikte bei Standortfindung vermeiden	0.289	2	0.865	3.087	2	0.214
Akzeptanz des Standorts im Wohngebiet	0.251	2	0.882	0.308	2	0.857

Ob eine Gemeinde die Bürger via Internet oder via öffentliche Informationsversammlung über den Bau von Mobilfunksendemaßnahmen informiert oder nicht, spielt keine Rolle für die Risikowahrnehmung (fühle mich bedroht) sowie für die anderen Variablen. Die Unterschiede sind nie größer als 0,4 Skalenpunkte auf einer 7-stufigen Ratingskala (siehe Abb. 1).

Dagegen zeigen sich signifikante Effekte des Faktors „Beteiligung an der Entscheidungsfindung“ auf die Variablen „transparente Standortfindung“, „Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner“ sowie in Bezug auf die „Lösung bereits bestehende Konflikte bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation“ (Konflikte lösen).

Somit muss die Hypothese, dass Beteiligungsverfahren das Vertrauen in die Sicherheit des Mobilfunks beeinflussen, zurückgewiesen werden. Gleiches gilt für die Hypothese, dass Beteiligungsverfahren dabei helfen, Konflikte zu vermeiden. Die Informations- und Beteiligungsmodelle zeigen auch keine signifikanten Effekte auf Risikowahrnehmung und Akzeptanz.

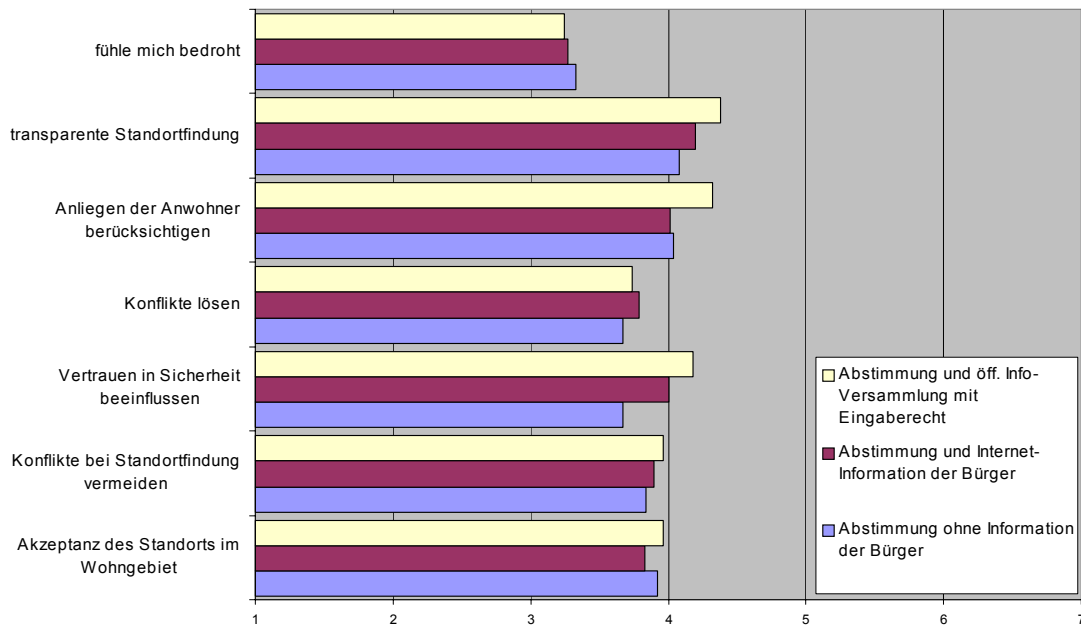


Abbildung 1: Mittelwerte der abhängigen Variablen für die Stufen des Faktors „Information der Öffentlichkeit“

Betrachtet man die signifikanten Effekte des Faktors „Beteiligung“ auf die Variablen „transparente Standortfindung“, „Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner“ sowie in Bezug auf die „Lösung bereits bestehender Konflikte bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation“, so fällt auf, dass die Konsenssuche am *Runden Tisch* am besten bewertet wird. Dagegen bewirkt das holländische Modell der direkten Konsenssuche mit den Bewohnern keine deutlichen Veränderungen gegenüber der Abstimmung mit den Gemeinden.

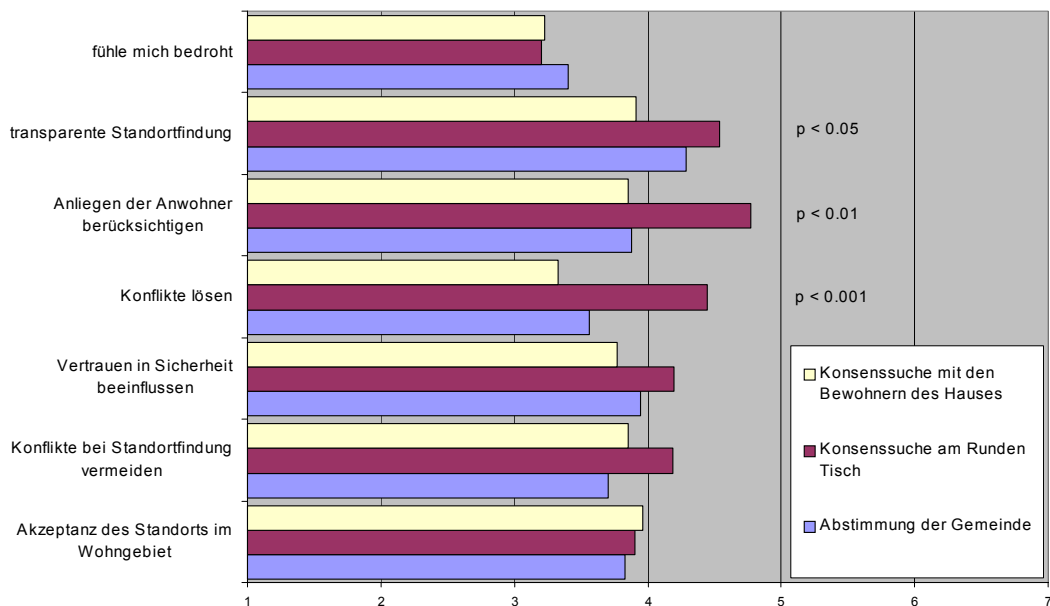


Abbildung 2: Mittelwerte der abhängigen Variablen für die Stufen des Faktors „Beteiligung an der Entscheidungsfindung“ (für signifikante Mittelwertsunterschiede sind die p-Werte angegeben)

Einfluss der Voreinstellung

Von den 225 Vpn lassen sich 188 (83,6%) einer der drei Gruppen „Besorgte“, „Unsichere“ und „Unbesorgte“ zuordnen (siehe dazu Wiedemann & Schütz 2004). Wie erwartet ist die Risikowahrnehmung in den drei Gruppen unterschiedlich (siehe Abb. 3). Eine Varianzanalyse mit den drei Gruppen als unabhängige Variable ergibt einen statistisch signifikanten Unterschied ($p < 0.001$).

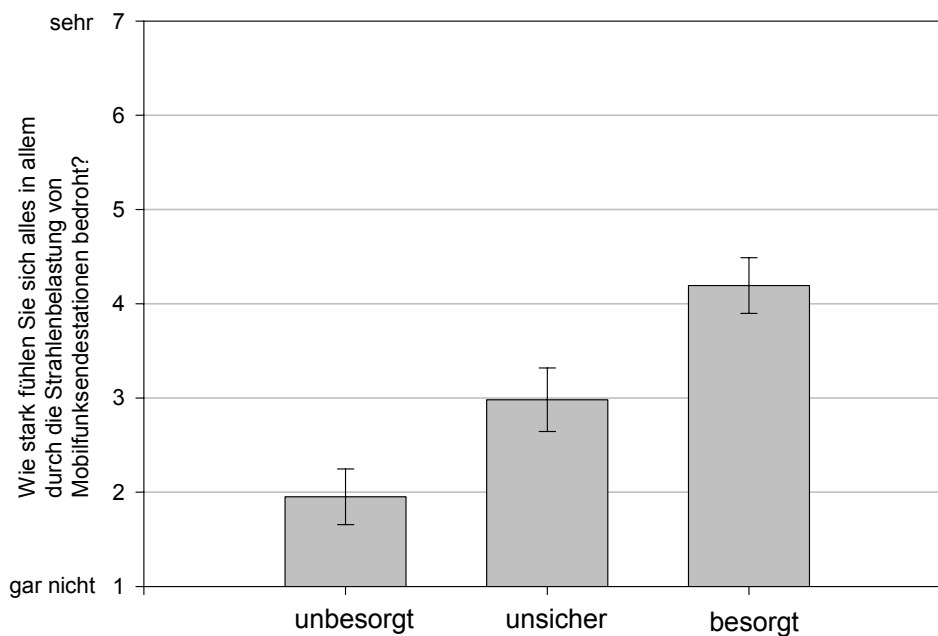


Abbildung 3: Mittelwerte und 95%-Konfidenzintervalle für die drei Gruppen

Darüber hinaus zeigen sich aber keinerlei Effekte auf die von uns untersuchten anderen Variablen. Weder die Bewertung der Akzeptanz, die Einschätzung der Transparenz der Standortfindung und des Vertrauens in die Sicherheit der Mobilfunkanlagen, noch die Beurteilung der Konfliktlösungs- und Vermeidungspotenziale unterscheiden sich in den drei Gruppen signifikant.

7. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Wie bei allen Experimenten gelten natürlich Einschränkungen hinsichtlich der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Praxis.

Ein Experiment wie das unsere kann keine Aussagen darüber machen, wie die Bürgerinnen und Bürger ein Partizipationsverfahren, an dem sie selbst teilgenommen haben, einschätzen oder welche Wirkungen es auf sie hat. Dazu sind vergleichende Evaluationsstudien nötig, die allerdings sehr aufwendig wären, wenn sie zuverlässige und valide Ergebnisse erbringen

sollen. Deswegen ist bei der Interpretation unserer Ergebnisse Vorsicht nötig. Unser Experiment ist aber durchaus brauchbar, wenn es um die Abschätzung von Wirkungen von *Informationen über* durchgeführte Informations- und Beteiligungsmodelle geht. Anders ausgedrückt: Es eignet sich, um abzuschätzen, wie Personen reagieren, wenn sie erfahren, dass ihre Gemeinde einen Informationsabend zum Mobilfunk durchführt oder eine eigene Internetseite dazu anbietet. Gleiches gilt für die Beteiligung: Wie reagiert eine Person, wenn sie erfährt, dass ein *Runder Tisch* zur Standortsuche eingerichtet ist oder die Anwohner über den Antennenstandort abstimmen können?

Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass Information und Beteiligung bei der Debatte um akzeptable Verfahren der Standortfindung für Mobilfunksendeanlagen differenziert betrachtet werden müssen.

Beteiligungsmodelle haben einen Einfluss auf die Beurteilung der Transparenz der Standortfindung sowie auf die Einschätzung, ob die Anliegen der Anwohner berücksichtigt werden. Sie werden auch als Chance für die Lösung von bereits bestehenden Konflikten bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation angesehen. Dabei ist die Bewertung des Mehrheitsmodells allerdings weniger positiv als die Konsenssuche am *Runden Tisch*.

Die Akzeptanz von Mobilfunkstandorten wird in unserem Experiment nicht von dem Vorhandensein erweiterter Beteiligungsmodelle beeinflusst. Auch das Vertrauen in die Sicherheit von Mobilfunksendeanlagen wird dadurch nicht vergrößert.

Informationsmodelle schneiden generell schlechter ab. Sie haben keinerlei Einfluss auf die von uns untersuchten Variablen. Weder öffentliche Informationsveranstaltungen noch Internetangebote der Gemeinden bewirken eine Veränderung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Information und Beteiligung keine Allheilmittel sind. Ein „Mehr“ an Information und Beteiligung bedeutet nicht automatisch akzeptable Standorte und einen Zuwachs an Vertrauen in die Sicherheit des Mobilfunks. Und schon gar nicht eine veränderte Risikowahrnehmung. Allerdings deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass *Runde Tische* einen guten Ruf haben und als Instrumente angesehen werden, um Transparenz zu erhöhen, Anliegen der Anwohner einzubeziehen und Konflikte zu lösen.

8. Literatur

- Abels, G. & Bora, A. (2004): Demokratische Technikbewertung. Bielefeld: transcript Verlag.
- Beierle, T. C. (1999): Using social goals to evaluate public participation in environmental decisions. *Policy Studies Review*, 16(3–4), 75–103.
- Büllingen, F., Hillebrand, A. & Rätz., D. (2004): Alternative Streitbeilegung in der aktuellen EMVU-Debatte (WIK-Diskussionsbeiträge, 258). Bad Honnef: WIK, Wissenschaftliches Inst. für Kommunikationsdienste.
- DIFU - Deutsches Institut für Urbanistik (2005): Jahresgutachten 2004 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber Berlin, DIFU.
- Kasperson, R.E. (1986): Six propositions on public participation and their relevance for risk communication. *Risk Analysis*, 6, 275-81.
- Laird, F.N. (1993): Participatory analysis, democracy, and technological decision making. *Science, Technology & Human Values*, 18, 341-354.
- Petts, J. (2001): Evaluating the effectiveness of deliberative processes: Waste management case studies. *Journal of Environmental Planning and Management*, 44(2), 207–226.
- Renn, O., Webler, T. & Wiedemann, P.M. (Hg) (1995): Fairness and competence in citizen participation: Evaluating models for environmental discourse. Dordrecht: Kluwer.
- Rowe, G. & Frewer, L. J. (2000): Public participation methods: A framework for evaluation. *Science, Technology and Human Values*, 25(1), 3–29.
- Wiedemann, P.M., Schütz, H. & Brüggemann, A. (2001): Leitfaden zum Umgang mit Problemen elektromagnetischer Felder in den Kommunen (2. Auflage). Forschungszentrum Jülich, Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik. [Online: <http://www.emf-risiko.de/leitfaden-emf/index.html>] [1.6.2005].
- Wiedemann, P. M. & Schütz, H. (2004): Gruppenspezifische Rezeption von Risikoargumenten beim Mobilfunk. In: H.-D. Reidenbach, K. Dollinger, J. Hofmann (Hrsg.) Nichtionisierende Strahlung, Sicherheit und Gesundheit: 36. Jahrestagung des Fachverbandes für Strahlenschutz; NIR 2004. Köln, TÜV, 935 – 939.
- Wiedemann, P.M. & Clauberg, M. (2005): Risikokommunikation. Forschungszentrum Jülich GmbH, Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik. [Online: <http://www.fz-juelich.de/mut/publikationen/preprints/buchpublikationfehr1.pdf>] [1.6.2005].
- Wiedemann, P.M., Schütz, H., Sachse, K. & Jungermann, H. (2005): SAR-Werte von Mobiltelefonen: Sicherheitswahrnehmung und Risikobewertung (Arbeiten zur Risikokommunikation, Heft 89). Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH. Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik (Online: http://www.fz-juelich.de/mut/publikationen/hefte/heft_89.pdf).

Anhang 1: Textbausteine

Instruktion A1/B1

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Die Politik wird abschließend in einer Sitzung beraten und eine Entscheidung zum Standort treffen.

Zusatz:

- Die Kommune hat damit die Möglichkeit, die Standortentscheidung zu beeinflussen. Sie haben aber auch mehr Arbeit und muss die Verantwortung für die Entscheidung in der Öffentlichkeit mittragen.

Instruktion A2/B1

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Außerdem hatten alle Einwohner die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren.

Die Politik wird abschließend in einer Sitzung beraten und eine Entscheidung zum Standort treffen.

Zusatz:

- Informationen im Internet sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihnen Einblick zu verschaffen. Solche Internetpräsentationen sind aber auch nicht ganz billig, sie verlangen seitens der Kommune eine zusätzliche Vorbereitung.

Instruktion A3B1

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Außerdem hatten alle Einwohner die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren. Darüber hinaus wurden alle Einwohner zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen, auf der sie ihre Wünsche und Anliegen vorbringen konnten.

Die Politik wird abschließend in einer Sitzung beraten und eine Entscheidung zum Standort treffen.

Zusatz:

- Informationsveranstaltungen sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger über Probleme der Gemeinde zu informieren und ihnen Gehör zu verschaffen. Informationsveranstaltungen verursachen zusätzliche Kosten und verlangen seitens der Gemeinde eine zeitaufwendige Vorbereitung. Es ist nicht auszuschließen, dass solche Veranstaltungen dazu führen, dass die Konflikte zunehmen.

Instruktion A1 B2

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Die Kommune hat einen Runden Tisch eingerichtet, an dem neben Vertretern der Kommune und des Mobilfunkbetreibers auch Bürgerinitiativen beteiligt sind.

Der Runde Tisch wird abschließend eine Entscheidung zum Standort treffen, die im Einvernehmen erfolgen soll.

Zusatz:

- Ein Runder Tisch ist ein Weg, um Einvernehmen zu erzielen. Er ist aber personal-, kosten- und vor allem zeitaufwendig. Es ist nicht sicher, ob hier auch ein Einvernehmen erzielt werden kann. Wenn aber hier eine Einigung gefunden wird, wird diese in der Regel von allen akzeptiert.

Instruktion A2 B2

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Die Kommune hat einen Runden Tisch eingerichtet, an dem neben Vertretern der Kommune und des Mobilfunkbetreibers auch Bürgerinitiativen beteiligt sind. Außerdem hatten alle Einwohner die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren.

Der Runde Tisch wird abschließend eine Entscheidung zum Standort treffen, die im Einvernehmen erfolgen soll.

Zusatz:

- Informationen im Internet sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihnen Einblick zu verschaffen. Solche Internetpräsentationen sind aber auch nicht ganz billig, sie verlangen seitens der Kommune eine zusätzliche Vorbereitung.
- Ein Runder Tisch ist ein Weg, um Einvernehmen zu erzielen. Er ist aber personal-, kosten- und vor allem zeitaufwendig. Es ist nicht sicher, ob hier auch ein Einvernehmen erzielt werden kann. Wenn aber hier eine Einigung gefunden wird, wird diese in der Regel von allen akzeptiert.

Instruktion A3B2

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Kommune über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Die Kommune hat einen Runden Tisch eingerichtet, an dem neben Vertretern der Kommune und des Mobilfunkbetreibers auch Bürgerinitiativen beteiligt sind. Der Runde Tisch soll die Entscheidung über den Standort treffen.

Außerdem hatten alle Einwohner die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren. Darüber hinaus wurden alle Einwohner zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen, auf der sie ihre Wünsche und Anliegen vorbringen konnten.

Der Runde Tisch wird abschließend eine Entscheidung zum Standort treffen, die im Einvernehmen erfolgen soll.

Zusatz:

- Informationsveranstaltungen sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger über Probleme der Gemeinde zu informieren und ihnen Gehör zu verschaffen. Informationsveranstaltungen verursachen zusätzliche Kosten und verlangen seitens der Gemeinde eine zeitaufwendige Vorbereitung. Es ist nicht auszuschließen, dass solche Veranstaltungen dazu führen, dass die Konflikte zunehmen.
- Ein Runder Tisch ist ein Weg, um Einvernehmen zu erzielen. Er ist aber personal-, kosten- und vor allem zeitaufwendig. Es ist nicht sicher, ob hier auch ein Einvernehmen erzielt werden kann. Wenn aber hier eine Einigung gefunden wird, wird diese in der Regel von allen akzeptiert.

Instruktion A1B3

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Politik und die zuständige Behörde über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Außerdem hat die Kommune eine Befragung unter den Anwohnern durchgeführt, die in der unmittelbaren Nähe des geplanten Standortes leben. Wenn 50% der Befragten plus eine Stimme für die Sendestation sind, wird der Standort gewählt, ansonsten nicht.

Zusatz

- Die Befragung bringt immer eine klare Entscheidung. Sie ist auch nicht sonderlich teuer. Da aber nur die Bewohner des Hauses befragt werden, auf der die Sendestation errichtet werden soll, ist nicht sicher, ob die übrigen Betroffenen dem Standort auch zustimmen.

Instruktion A2B3

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Politik und die zuständige Behörde über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Alle Einwohner hatten die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren.

Außerdem hat die Kommune eine Befragung unter den Anwohnern durchgeführt, die in der unmittelbaren Nähe des geplanten Standortes leben. Wenn 50% der Befragten plus eine Stimme für die Sendestation sind, wird der Standort gewählt, ansonsten nicht.

Zusatz

- Informationen im Internet sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihnen Einblick zu verschaffen. Solche Internetpräsentationen sind aber auch nicht ganz billig, sie verlangen seitens der Kommune eine zusätzliche Vorbereitung.
- Die Befragung bringt immer eine klare Entscheidung. Sie ist auch nicht sonderlich teuer. Da aber nur die Bewohner des Hauses befragt werden, auf der die Sendestation errichtet werden soll, ist nicht sicher, ob die übrigen Betroffenen dem Standort auch zustimmen.

Instruktion A3 B3

Stellen Sie sich vor, dass ein Mobilfunkbetreiber in ihrem Wohngebiet plant, eine neue Sendestation für den Mobilfunk zu errichten.

Die Mobilfunkbetreiber haben im Juli 2001 eine Vereinbarung mit allen Gemeinden in Deutschland getroffen. Hierin wurde festgelegt, dass die Standortfindung für die Sendemasten des Mobilfunks in Abstimmung mit den Kommunen zu erfolgen hat.

Deswegen hat der Betreiber die Politik und die zuständige Behörde über den geplanten Standortbereich vorab informiert.

Alle Einwohner hatten die Möglichkeit, sich im Internet zu informieren. Darüber hinaus wurden alle Einwohner zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen, auf der sie ihre Wünsche und Anliegen vorbringen konnten.

Außerdem hat die Kommune eine Befragung unter den Anwohnern durchgeführt, die in der unmittelbaren Nähe des geplanten Standortes leben. Wenn 50% der Befragten plus eine Stimme für die Sendestation sind, wird der Standort gewählt, ansonsten nicht.

Zusatz

- Informationsveranstaltungen sind ein Weg, Bürgerinnen und Bürger über Probleme der Gemeinde zu informieren und ihnen Gehör zu verschaffen. Informationsveranstaltungen verursachen zusätzliche Kosten und verlangen seitens der Gemeinde eine zeitaufwendige Vorbereitung. Es ist nicht auszuschließen, dass solche Veranstaltungen dazu führen, dass die Konflikte zunehmen.
- Die Befragung bringt immer eine klare Entscheidung. Sie ist auch nicht sonderlich teuer. Da aber nur die Bewohner des Hauses befragt werden, auf der die Sendestation errichtet werden soll, ist nicht sicher, ob die übrigen Betroffenen dem Standort auch zustimmen.

Anhang 2: Fragebogen 1

Wie gut ist - Ihrer Meinung nach - diese Vorgehensweise geeignet, die Standortfindung für die Mobilfunksendestation transparent und nachvollziehbar zu machen?

1 = gar nicht

1	2	3	4	5	6	7

7 = in sehr hohem Maße

Wie gut ist - Ihrer Meinung nach - diese Vorgehensweise geeignet, um Anliegen der Anwohner bei der Standortfindung für die Mobilfunksendestation berücksichtigen zu können?

1 = gar nicht

1	2	3	4	5	6	7

7 = in sehr hohem Maße

Wie gut ist - Ihrer Meinung nach - diese Vorgehensweise geeignet, um bereits bestehende Konflikte bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation zu lösen?

1 = gar nicht

1	2	3	4	5	6	7

7 = in sehr hohem Maße

Wie wird - Ihrer Meinung nach - durch diese Vorgehensweise das Vertrauen in die Sicherheit der Mobilfunksendeanlagen beeinflusst?

1 = Vertrauen wird stark geschwächt

1	2	3	4	5	6	7

7 = Vertrauen wird stark gestärkt

Wie gut ist - Ihrer Meinung nach - diese Vorgehensweise geeignet, um Konflikte bei der Standortfindung der Mobilfunksendestation zu vermeiden?

1 = überhaupt nicht geeignet

1	2	3	4	5	6	7

7 = sehr gut geeignet

Wie wirkt sich - Ihrer Meinung nach - diese Vorgehensweise auf die Akzeptanz des Standorts der Sendestation in Ihrem Wohngebiet aus?

1 = gar nicht

1	2	3	4	5	6	7

7 = in sehr hohem Maße

Anhang 3: Fragebogen 2

Auf dieser Seite sind einige Meinungen zur aktuellen Diskussion um mögliche Risiken des Mobilfunks aufgeführt. Bitte kreuzen Sie für jede Aussage an, wie sehr diese auf Sie zutrifft.

Ich glaube, dass die Risikobefürchtungen in Bezug auf den Mobilfunk übertrieben sind. Ich selbst sehe kein Risiko.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Es wird so vieles aufgeregt diskutiert, auch der Mobilfunk. Ich kümmere mich darum nicht. Es gibt dringlichere Probleme.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Auch wenn sicher in den Medien hin und wieder übertrieben wird, so denke ich doch, dass an den Mobilfunk-Risiken etwas dran sein kann. Aber eigentlich weiß ich zu wenig, um mir ein Urteil bilden zu können.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Irgendwie ist mir nicht ganz wohl dabei. Man hört doch immer wieder, dass der Mobilfunk Risiken hat.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Ich bin überzeugt, dass der Mobilfunk gesundheitsschädlich ist.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Ich bin überzeugt, dass viele Beschwerden durch die Handymasten-Strahlung ausgelöst werden.

1 = Trifft überhaupt nicht zu

1	2	3	4	5	6	7

7= Trifft völlig zu

Wie schätzen Sie Ihren Informationsstand zum Thema „ Gesundheit und Mobilfunk“ ein?

1 = bin sehr
schlecht
informiert

1	2	3	4	5	6	7

7= bin sehr
gut infor-
miert

Wie stark fühlen Sie sich alles in allem durch die Strahlenbelastung von Mobilfunk-
sendestationen bedroht?

1 = ich fühle
mich gar nicht
bedroht

1	2	3	4	5	6	7

7= ich
fühle mich
sehr be-
droht

Zum Abschluss noch einige Angaben zur Ihrer Person:

Geschlecht:

- weiblich
- männlich

Alter: _____ Jahre

Welchen Schulabschluss haben Sie?

- Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss
- Abitur
- Hochschulabschluss

Besitzen Sie ein Handy?

- nein
- ja